

Wählt die Ukraine

Aufruf zur Demo und Forderungen

24. Februar

- **18:00** Demonstrationzug von Lustgarten (am Berliner Dom)
 - **19:00** Kundgebung am Brandenburger Tor



Seit fast 11 Jahren führt Russland Krieg gegen die Ukraine, und vor drei Jahren eskalierte dieser Krieg in einer brutalen Vollinvasion. Jeden Tag verliert die Ukraine Territorium – Orte, an denen Menschen leben. Russische Raketen und Gleitbomben zerstören Dörfer und Städte, Drohnenangriffe terrorisieren die Bevölkerung und treffen gezielt zivile Infrastruktur. Mitten im Winter soll die Strom- und Wärmeversorgung zerstört werden.

Es ist naiv zu glauben und töricht zu fordern, dass die Ukraine und ihre Unterstützer*innen nun in Verhandlungen mit Russland Eingeständnisse machen müssen – nach drei Jahren brutaler Vollinvasion, Tausenden von Kriegsverbrechen, zerstörten Städten und Millionen Menschen, die in Angst, Folter und Unterdrückung leben. Russland hat es auf mehr als die Ukraine abgesehen und bedroht auch bei uns Freiheit, Demokratie und das Recht auf ein sicheres Leben. Es wird nicht von alleine aufhören, sondern muss entschieden gestoppt werden.

Mit den bevorstehenden Bundestagswahlen und dem Erstarren populistischer und rechtsextremer Kräfte müssen wir uns klarmachen: Wollen wir für Demokratie, Frieden und Freiheit eintreten – oder zulassen, dass Tyrannei und Unterdrückung gewinnen?

Am **24. Februar**, dem Jahrestag der russischen Vollinvasion, setzen wir gemeinsam ein klares Zeichen:

- Für Demokratie.
- Für Frieden.
- Für Freiheit.

VITSCHÉ

Wir starten mit einem **Demonstrationszug um 18:00 Uhr vom Lustgarten**, gefolgt von einer **Kundgebung um 19:00 Uhr am Brandenburger Tor**. Zeigt, dass ihr euch für die Ukraine entscheidet.

Unsere Forderungen:

Damit die Ukraine gewinnt und Russland zur Rechenschaft gezogen wird, fordern wir Regierungen, Institutionen und Einzelpersonen auf, die folgenden Maßnahmen zu unterstützen:

1. Wählt Sicherheit: Die Ukraine jetzt in die NATO aufnehmen

Eine nachhaltige europäische Sicherheitsordnung erfordert den Beitritt der Ukraine zur NATO. Die Streitkräfte der Ukraine arbeiten bereits nach NATO-Standards. Die Mitgliedschaft ist die günstigste Variante, den Aggressor abzuschrecken und neue Angriffe zu verhindern.

2. Wählt Gerechtigkeit: Russland soll zahlen

Wir fordern die Konfiszierung von russischem Staatsvermögen und die Einführung einer [Kriegssteuer auf russisches Flüssigerdgas](#). Diese Maßnahmen helfen dabei, Russlands Kriegswirtschaft zu untergraben und stellen wichtige Mittel für Reparationen für den Wiederaufbau der Ukraine bereit. Russland muss auch finanziell zur Verantwortung gezogen werden, um einen nachhaltigen Frieden zu erreichen.

3. Wählt Frieden: Unterstützt den ukrainischen Sieg

[Appeasement hat die Aggression gefördert](#): Die Geschichte zeigt, dass die Beschwichtigung von Diktaturen diese nur ermutigt. Die Welt muss sich geschlossen gegen die Tyrannei stellen, um die Ausbreitung von Gewalt und Autoritarismus zu verhindern. Regierungen und die Zivilgesellschaft müssen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Ukraine die Ressourcen und die Unterstützung erhält, die sie braucht, um gegen Russland zu bestehen. Dies schließt sowohl militärische, wirtschaftliche als auch humanitäre Hilfe ein.

4. Wählt Leben: Luftabwehrschild über der Ukraine

Der Schutz der ukrainischen Energieinfrastruktur ist für das Überleben von Millionen von Menschen überlebenswichtig. Moderne Luftabwehrsysteme und NATO-Kampffjets aus den Nachbarländern helfen dabei, kritische Energieanlagen und die Zivilbevölkerung vor russischen Luftangriffen zu schützen.

5. Wählt Freiheit: Befreiung von ukrainischen Kriegsgefangenen und Zivilisten

Wir fordern die sofortige Freilassung aller ukrainischen Kriegsgefangenen und zivilen Geiseln, die von Russland festgehalten werden, und deren rechtswidrige Inhaftierung eine schwere Verletzung des Völkerrechts darstellt.

6. Wählt Zukunft: Rückkehr der gestohlenen Kinder in die Ukraine

Mehr als [19.000 ukrainische Kinder](#) wurden gewaltsam nach Russland verschleppt. Wir fordern ihre sichere Rückkehr und die Bestrafung für diesen Akt des Völkermords.